

Zu 1.: Der Haushalt der Stadt Braunschweig ist unter der rot-grünen Ratsmehrheit erneut in massive Schieflage geraten, die leider wenig Spielraum für zusätzliche Investitionen lässt. Eine Verschuldung in Höhe von rund einer Milliarde Euro am Ende des Jahres 2024 muss unbedingt verhindert werden, um finanziell handlungsfähig zu bleiben. Deshalb müssen auch liebgewonnene Projekte auf den Prüfstand gestellt werden.

In Bezug auf die Schaffung von Personalstellen für die Verbesserung der Situation für den Radverkehr verweisen wir auf unsere regelmäßigen Initiativen für einen so genannten Netto-Null-Stellenplan, bei dem wir uns inhaltlich mit dem ehemaligen Personaldezernenten Claus Ruppert (SPD) einig sind: für jede neue Aufgabe und damit neu geschaffene Personalstelle muss in einem anderen Bereich eine Stelle wegfallen. Insofern müssten Stellenschaffungen zur Förderung des Radverkehrs innerhalb der Verwaltung kompensiert werden.

Die Stadt Braunschweig befindet sich momentan in einem zwingend notwendigen Prozess der Haushaltsoptimierung und Verwaltungsmodernisierung, extern begleitet durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Der Teilprozess der Haushaltsoptimierung konnte mit den Beratungen des Haushaltsplanes 2021 abgeschlossen werden, nun warten wir auf die Ergebnisse der Verwaltungsmodernisierung. In deren Rahmen wird auch die Verwaltungsstruktur betrachtet und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs in unserer Stadt werden wir daraus ableiten.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass eine Stärkung des Radverkehrs immer mit deutlichem personellen und finanziellen Aufwand innerhalb der Verwaltung verbunden sein wird. Diese Einschätzung geht auch aus der fachlichen Bewertung der Verwaltung der Forderungen zum seinerzeit geplanten Radentscheid hervor.

Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist es deshalb unter anderem, zunächst den städtischen Haushalt in Ordnung zu bringen und dann natürlich auch für eine weitere Stärkung des Radverkehrs beizutragen.

Zu 2.: Die CDU steht für ein ausgewogenes Miteinander der Verkehrsarten, ohne eine Bevorzugung oder eben Benachteiligung einer Art der Fortbewegung. Denn jeder Verkehrsteilnehmer trifft eine bewusste Wahl bei der Entscheidung für das jeweilige Fortbewegungsmittel.

Velorouten können sicherlich ein Mittel zur Stärkung des Radverkehrs sein. Problematisch ist jedoch, dass Velorouten nach unserem Verständnis eine größere Neuordnung der Verkehrsflächen erfordern und diese gerade in der Innenstadt bereits größtenteils verteilt sind. Hier sehen wir die Gefahr, dass am Ende die Fußgänger das Nachsehen haben werden. Gerade bei der Neuanlage von Verkehrsflächen können wir uns sehr gut vorstellen, Velorouten bereits in der Planung vorzusehen. Allerdings muss im Auge behalten werden, dass – wie bereits in der Beantwortung der ersten Frage angedeutet – die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel endlich bzw. derzeit sehr eingeschränkt sind. Es muss also bei allen Überlegungen zum Einsatz der vorhandenen Mittel eine Ausgewogenheit zwischen den Radpendlern auf der einen und den Freizeit- und Gelegenheitsradfahrer auf deren anderen Seite geben. Denn diese beiden Gruppen haben oft stark unterschiedliche Ansprüche an Radverkehrsanlagen und auch diese Anforderungen müssen Verwaltung und Politik bei ihren Planungen berücksichtigen.

Zu 3.: Bei der konkreten Umsetzung von Velorouten geht in Augen der CDU eindeutig Qualität vor Schnelligkeit. Die Planungen müssen viele Aspekte berücksichtigen (u.a. Einsatz von Geld und Personal, Ordnung der Verkehrsräume), welche klug abgewogen werden müssen. Daher ist die Vorarbeit der Radfahrverbände sehr wichtig und wir sind dankbar für diese ehrenamtliche Zuarbeit. Wichtig ist jedoch, dass die Pläne für neue Velorouten im Gesamtzusammenhang gesehen und mit der Gesamtentwicklung des Verkehrs in Braunschweig in Einklang gebracht werden. Deshalb streben wir eine Betrachtung im Rahmen der Erarbeitung des Mobilitätsentwicklungsplanes an.

Zu 4.: Kurzfristig sehen wir die Umsetzung von „Geschützten Radfahrstreifen“ nur als temporäre Lösung, zum Beispiel in der verkehrsrärmeren Zeit der Sommerferien. Und auch nur in einigen ausgewählten Bereichen der Innenstadt, zum Beispiel auf der Küchenstraße und der Hagenbrücke. Die längerfristige Umsetzung von „Geschützten Radfahrstreifen“ muss ebenso wie die Velorouten im großen Zusammenhang des Mobilitätsentwicklungsplanes betrachtet und geplant werden, da Gefährdungen für Radfahrer und andere Verkehrsteilnehmer dauerhaft ausgeschlossen werden müssen.

Zu 5.: Es muss für alle Teilnehmer am Straßenverkehr jederzeit erkennbar sein, dass auch Schwächere die zur Verfügung gestellten Flächen nutzen. So kann zum Beispiel durch eine verbesserte Markierung an Kreuzungen sichergestellt werden, dass der motorisierte Individualverkehr wahrnimmt, dass auch Fahrradfahrer und Fußgänger auf den gleichen Fahrstreifen unterwegs sind. Darüber hinaus ist für uns schon länger ein Ärgernis, dass – selbst nach aufwendigen Sanierungen – die Zufahrt zu Grundstücken, über die ein Fuß- und Radweg verläuft, nur an den Bedürfnissen des Autos ausgerichtet ist. So gibt es beispielsweise ständig wechselnde Beläge, durch Absenkungen ein ständiges Auf und Ab und nicht zuletzt viele unterschiedliche Markierungen, die gerade für Senioren und Kinder nicht zur Steigerung der Sicherheit beitragen.

Zu 6.: Die Erarbeitung eines Schulradwegeplanes wurde 2019 von der Politik im Schulausschuss beantragt und einstimmig beschlossen, wir warten gespannt auf die Ergebnisse der Verwaltung, um gegebenenfalls nötige Verbesserungen anstoßen zu können. Gleichwohl halten wir einen Schulradwegeplan für sehr wichtig, da wir gute Alternativen zu den so genannten Elterntaxis brauchen, die neben Verboten auch Anreize setzen.

Zu 7.: Die CDU lehnt Elterntaxis ab und unsere Ratsfraktion hat bereits einige Initiativen (vgl. dazu zum Beispiel eine Ratsanfrage aus dem Jahr 2017) unternommen, um Elterntaxis einzudämmen. Gleichzeitig streben wir eine Förderung des Schülerradverkehrs an. Dabei sind gerade auch an den Schulen in unserer Innenstadt entsprechende Fahrradabstellanlagen ein wichtiger Aspekt.

In Bezug auf die Schaffung von innenstadtnahen Fahrradabstellanlagen und von Fahrradparkhäusern hat die CDU-Ratsfraktion in den letzten Jahren regelmäßig entsprechende Anträge zum Haushalt eingereicht, die bisher leider keine Mehrheit fanden. Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist es deshalb unter anderem, zusätzliche Fahrradabstellanlagen an Schulen zu schaffen.

Zu 8.: Es müssen an verschiedenen Stellen in der Innenstadt oder innenstadtnah Fahrradabstellmöglichkeiten verschiedener Arten geschaffen werden. Dies kann zum einen durch die Errichtung von weiteren Fahrradabstellanlagen, aber auch durch den Bau eines in Braunschweig bisher nicht vorhandenen Fahrradparkhauses geschehen. In den Planungen zur Neuordnung des Bahnhofsumfeldes ist nach unserem letztem Kenntnisstand ein Fahrradparkhaus vorgesehen. Bis zu dessen Realisierung wird aber noch viel Zeit vergehen. Die CDU-Ratsfraktion hatte zuletzt zum Haushalt 2020 den Antrag gestellt, im Bereich des Europaplatzes und am Alten Zeughof jeweils ein Fahrradparkhaus zu errichten. Leider gab es keine Mehrheit für diesen Antrag. Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist es deshalb unter anderem, weitere Fahrradparkhäuser zu schaffen, aber auch Fahrradabstellmöglichkeiten auszubauen.

Zu 9.: Einen eigenen Etat für den Radverkehr halten wir nicht für sinnvoll, gerade unter dem Gesichtspunkt eines sehr knappen Haushaltes. Eine Erhöhung des vorhandenen Etats im

Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten ist jedoch denkbar. Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist es deshalb unter anderem, zunächst den städtischen Haushalt in Ordnung zu bringen und dann natürlich auch für eine weitere Stärkung des Radverkehrs in unserer Stadt beizutragen.

Zu 10.: Wie die Verwaltung im Rahmen ihrer fachlichen Bewertung der Forderungen zum seinerzeit geplanten Radentscheid mitteilte, würden sich jährliche Ausgaben von circa 10 Mio. Euro anbieten. Wir möchten aber keine Versprechen über konkrete Summen machen, sondern konkrete Projekte voranbringen und im Rahmen von Aus- und Neubauten den Radverkehr voranbringen. Unser Ziel für die kommende Wahlperiode ist es deshalb auch an dieser Stelle, zunächst den städtischen Haushalt in Ordnung zu bringen und dann die fachlich gebotenen finanziellen Mittel bereitzustellen.